



Das ist kein Meilenstein

Der Jubel aus den Reihen der Regierungskoalition zum heute vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Rückkauf des Berliner Stromnetzes ist nicht nachzuvollziehen. Über zwei Milliarden Euro überweist Berlin an den schwedischen Staatskonzern Vattenfall, dessen Tochter das Stromnetz bisher betrieb. Nicht mit eigenem Geld, sondern auf Pump, außerhalb des Haushalts, was Finanzsenator **Matthias Kollatz** (SPD) für einen tollen Deal hält. Auch er müsste wissen, dass Kredite, auch wenn die Zinsen zurzeit gering sind, zurückgezahlt werden müssen.

Es war ein Fehler, das Stromnetz verkauft zu haben, und es ist ein Fehler, es zurückzukaufen. Der SPD-Abgeordnete **Jörg Stroedter** führt seit Jahren, einen geradezu persönlichen Kleinkrieg gegen Vattenfall. Heute hielt er eine Wahlkampfreden in eigener Sache mit der Auflistung, was er alles Gutes getan habe, damit das Stromnetz wieder zurück in den Schoß der Stadt kommt. So zu tun, als werde nun alles besser, weil vorher vieles im Umkehrschluss nicht gut gewesen sein kann, ist geradezu perfide. Dass die Energiewende nun vorankäme, ist ein Märchen.

Wir haben in den letzten Jahren jede Pressekonferenz der Stromnetz Berlin GmbH besucht und alle Jahresberichte gelesen. Nie ergaben sich Hinweise darauf, dass Vattenfall eine nur am Gewinn orientierte Heuschrecke sei. Hunderte von Millionen hat die Stromnetz Gesellschaft in den Erhalt und den Ausbau des Netzes investiert und brav jedes Jahr seine Konzessionsabgabe an Berlin bezahlt. Kaum etwas ist in Berlin so sicher wie die Stromversorgung. Wenn es Unterbrechungen gab, dann waren die nicht selbst verschuldet, sondern von Dritten durch unsachgemäßes Hantieren mit dem Bagger herbeigeführt.

Dass die Stromnetzgesellschaft nicht in die Kategorie Heuschrecke gehört, zeigte in den letzten Jahren immer wieder ihr großes gesellschaftliches und soziales Engagement für die Stadt.

Dass, wie Senator Kollatz sagt, es durch den Rückkauf eine „stärkere Innovationsmöglichkeit“ gebe, kann man kaum glauben, wenn man die Jahresberichte des bisherigen Betreibers gelesen hat. Für den Endverbraucher ändert sich nichts, bis auf das Versprechen, dass es nun keine Stromsperrungen mehr vor Feiertagen geben werde. Das ist so ziemlich die einzig beruhigende Mitteilung, aber auch nur für diejenigen, die aus welchem Grunde auch immer, ihre

Rechnungen nicht rechtzeitig bezahlen. Der Strompreis wird nicht sinken, ganz im Gegenteil. Wer das auch nur unterschwellig verspricht, handelt unseriös. Wenn jetzt die Strompreise steigen, kann man dafür nicht mehr Königin Silvia verantwortlich machen.

„Unser Strom ist ab sofort wieder Berliner“, jubelt R2G. Platter kann man es kaum formulieren. Die Stromnetz Berlin GmbH war Berliner, wie die BEWAG auch immer Berliner war.

Dass das Stromnetz jetzt wieder im Landesbesitz ist, schützt nicht davor, die auf zehn Jahre befristete Konzession wieder neu ausschreiben zu müssen. Am 31.12.2014 war die alte Konzession ausgelaufen. Seitdem hat das Land Berlin ein Verfahren nach dem anderen an die Wand gefahren und Geld für Prozesskosten verbrannt. Nicht durch Gerichtsentscheidungen wurde letztlich das Verfahren beendet, sondern weil Vattenfall keine Lust mehr hatte, es weiter zu verfolgen und entnervt aufgab. Eine wirklich beachtliche Strategie der Landesregierung.

„Die Rekommunalisierung des Stromnetzes ermöglicht es dem Land Berlin, in einem sensiblen Bereich der Daseinsvorsorge energie- und umweltpolitische Ziele umfassend und konsequent zu verfolgen.“, teilt die Senatsfinanzverwaltung mit. Das hätte auch in einer angebotenen Kooperation mit Vattenfall erfolgen können, ohne sich zwei Milliarden Euro leihen zu müssen, die weder dieser noch die folgenden Senate werden zurückzahlen können.

Nein, es ist entgegen der R2G-Propaganda kein guter Tag für Berlin. Zum Schluss noch zwei Meinungsäußerungen von den Grünen und der FDP. Von der SPD-Spitzenkandidatin **Franziska Giffey**, die sich sonst gern zu allen Themen äußert, liegt bislang keine Presseerklärung vor.

Stefan Taschner, Grüne: „Manchmal braucht es einen langen Atem. Sieben Jahre nach dem Auslaufen der Stromnetz Konzession, einem (Anm.d.Red. gescheiterten) Volksentscheid und langen Verhandlungen können wir heute sagen: Unser Strom ist ab sofort wieder Berliner. Das ist nicht nur eine gute Nachricht für die rund 600.000 Berlinerinnen und Berliner, die sich beim Volksentscheid Energietisch für die Rekommunalisierung des Stromnetzes ausgesprochen haben, sondern auch für die Energiewende. Gerade in Berlin, wo wir auf dezentrale Solarenergie setzen, ist das Verteilnetz der Schlüssel, diese klimafreundliche Energie aufzunehmen, zu verteilen und bei der intelligenten Nutzung zu unterstützen.“

Zusammen mit den Berliner Stadtwerken haben wir damit zwei wichtige Werkzeuge in der Hand, um die



*Energiewende in Berlin noch stärker vorantreiben und unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Wir wollen aber auch die Berliner*innen mitnehmen. Wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, setzen wir uns dafür ein, auch die Genossenschaft BürgerEnergie Berlin an Bord zu haben. Nachdem der Kauf unter Dach und Fach ist, werden wir Grüne vom Senat die Umsetzung dieser Vereinbarung einfordern. Wir werden darauf achten, dass es sich um eine echte Beteiligung handelt, die der Genossenschaft auch Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten einräumt. Scheinbeteiligungsverfahren wird es mit uns nicht geben."*

Henner Schmidt, FDP: *„Der Kauf des Stromnetzes bringt den nötigen Umbau der Energieversorgung in Berlin nicht voran. Berlin kann auch als Eigentümer des Stromnetzes kaum Einfluss auf die Energieversorgung nehmen, da das Stromnetz sehr stark reguliert ist. Der Stromnetzkauf zu einem Preis in Milliardenhöhe beinhaltet aber ein wirtschaftliches Risiko für Berlin, zumal sich die Rahmenbedingungen der Netzregulierung verschlechtern. Er ist deshalb ein schlechtes Geschäft für das Land Berlin. Vor allem fehlt dem Senat ein Gesamtkonzept, wie Strom-, Gas- und Fernwärmenetze und erneuerbare Energieerzeugung in Zukunft zusammenspielen sollen. Wichtiger als formale Eigentumsfragen ist deshalb, die Akteure der Energiewirtschaft der Metropolregion zu einer gemeinsamen Vision der künftigen Entwicklung zusammenzuführen. Dies wäre die wirklich wichtige Aufgabe für den Senat, die weiterhin nicht erfüllt wird.“*

Ed Koch